

Artikel Eins

Die Würde des Menschen ist unantastbar

**Sonderausgabe zur
Herbstdemo 2008**

Die unabhängige Kleinzeitung
3. Jahrgang • Ausgabe 11 S
Spendenempfehlung ab 50 Cent

Nachrichten - Kommentare - Rechtsinformationen - Analysen

Bundesweite Demo gegen die Regierung in Berlin



Pressemitteilung der Bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung, Berlin, 08.11.2008

5000 Menschen aus ganz Deutschland beteiligten sich heute (08.11.2008) an der 5., von der bundesweiten Montagsdemonstrationsbewegung organisierten Demonstration gegen die Regierung, Hartz IV, Niedriglöhne und den Abbau demokratischer Rechte. Sie ging vom Alexanderplatz zum Brandenburger Tor und war selbstständig, auf einer überparteilichen Grundlage organisiert. Die wichtigsten Anliegen kamen in den Forderungen „Weg mit Hartz IV“, „Für einen Mindestlohn von 10 EURO“, „Arbeitszeitverkürzung“ und „Uneingeschränkte Versammlungsfreiheit auf antifaschistischer Grundlage“ zum Ausdruck.

Die Zusammensetzung der Demonstration und der Redner der Abschlusskundgebung spiegelte ein breites Spek-

trum gesellschaftlicher Kräfte wieder. Die Demonstration stieß auf große



Zustimmung und Sympathie der Bevölkerung und von Touristen aus zahlrei-

chen Ländern. Sie bringt eine breite Kritik an der Regierungspolitik in der Bevölkerung und den Milliardensubventionen für die Banken zum Ausdruck, während gleichzeitig die Armut im Lande wächst. Der Protest und Widerstand wird nun wieder in den einzelnen Städten fortgeführt. Die Organisatoren denken bereits an die Vorbereitung einer neuen bundesweiten Demonstration.

Mehr Informationen unter:
www.bundesweite-montagsdemo.com

Pressesprecher

Fred Schirmmacher, Berlin,
Mobil: 0170-724 09 38
Mail: Fredschirmmacher@aol.com
Jürgen Schäuble, Gelsenkirchen,
Mobil :0162-8954491

Zweiter Teil der friedlichen Revolution

An die Teilnehmer der Demo am 8. November in Berlin richtete Pfarrer Christian Führer – Begründer der Leipziger Montagsdemonstrationen in den achtziger Jahren – die folgende Botschaft:

**Ich grüße die 5. deutschlandweite
Demonstration am 8. November
2008 in Berlin.**

Wer vor 10 Jahren den Gedanken der

„Verstaatlichung der Banken“ geäußert hätte, wäre als verspätetes Gespenst des Kommunismus erschienen. Nun hat der neoliberale Globalkapitalismus selbst den Offenbarungseid leisten müssen, dass sein Bank- und Börsensystem nur ungerecht und bedingt funktionsfähig ist.

Dabei lief doch alles so schön: Die Vorstände der Banken mit der Spielcasino-Mentalität riskierten freizügig

das Geld, das ihnen nicht gehört, sondern anvertraut ist. Gab es Gewinne, strichen sie sie ein. Gibt es verheerende Verluste wie zurzeit, sind die Anleger und Steuerzahler dran. Die Hasardeure gehen finanziell unbelastet vom Platz. Das stinkt zum Himmel, und das stinkt dem Volk.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Bitte schicken Sie uns Ihre Meinungen und Kommentare. (kontakt@artikel-eins.com)

lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben

Zweiter Teil der ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Weder der Nationalsozialismus mit seiner Menschen- und Gottesverachtung und seiner gnadenlosen Gewalt, noch der Realsozialismus mit seiner atheistisch-materialistischen Weltanschauung haben uns ein Erbe hinterlassen, mit dem man in die Zukunft leben kann. Sie haben die Menschen getäuscht, das Erbe verbraucht und sind bankrott gegangen. Aber auch der globale Raubtierkapitalismus wird nicht bleiben, wird kein Erbe hinterlassen, mit dem man in die Zukunft leben kann. Statt dessen

Klimakatastrophe, Armutsexplosion, Zukunftsängste, Banken und Börsenkräche und weltweite wirtschaftliche Erdbeben. Nun müssen die Länder Milliardenpakete schnüren zur Rettung der Banken. Mit Recht zieren sich die Banken, diese Volks-Steuer-gelder-Hilfen anzunehmen. Ist es doch das Eingeständnis ihrer verantwortungslosen Gier, ihrer Unfähigkeit und ihrer blinden Vertrauensseligkeit in ein System, das sich selbst als nicht zukunftsfähig zu entlarven beginnt.

Sind wir vielleicht schon zur „Demokratie“ geworden, zu einem Zwitter aus Demokratie und Diktatur des Kapitals?

Das Schlimmste, was jetzt passieren kann, ist, dass eine Bank nach der anderen die Gelder annimmt, sich wiederholt und danach – weiter wie zuvor! Nein, jetzt ist der Zeitpunkt gekommen zu nachhaltigem Nachdenken und zu resoluten Änderungen. JESUS hat vor der Menschen beherrschenden und Menschen verachtenden Gewalt des Geldes gewarnt. „Niemand kann zwei Herren dienen ... Ihr könnt nicht GOTT dienen und dem Mammon.“ (Matth. 6, 24) Der zweite Teil der friedlichen Revolution steht noch aus – wittern wir Morgenluft?

Pfarrer em. C. Führer, Leipzig



Ich heiße Birgit Kühr,

lebe in der Uckermark und bin parteilos. Der Verein „Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau e. V.“, die Redaktion der bundesweiten Online-Zeitung **Artikel Eins**, das Forum „Dieses Land braucht Widerstand“ und die „Soziale Bewegung Land Brandenburg grüßen Berlin und alle anderen Bundesländer.

Jedes sechste Kind lebt in Deutschland unter der Armutsgrenze. Diese Tendenz ist stark gestiegen, denn vor fünf Jahren war davon nur jedes zehnte Kind betroffen. In der Uckermark lebt sogar jedes vierte Kind unter der Armutsgrenze und die Arbeitslosenstatistik beträgt trotz der Ein-Euro-Jobber 18 %.

Und dann kommen zwei Wirtschaftswissenschaftler und sind der Meinung,

unser Regelsatz sei zu hoch. Sie sind der Meinung: 132 Euro im Monat wären doch ausreichend. Mehr als 68 Euro im Monat für Nahrungsmittel auszugeben, wäre aus ihrer Sicht total unvernünftig. Aber auch ein Kabel-TV- oder Internetanschluß sind nicht zwingend notwendig.

Für kulturelle Angebote würden sie uns sogar 1,00 Euro im Monat zur Verfügung stellen. Herr Thießen ist der Meinung, Freizeitgestaltung könnte man auch kostenlos nutzen, z. B. in Form von Gesprächen, Spaziergängen, Nutzung von Parks und Teilnahme an öffentlichen Festen.

Dieses kostenlose Angebot sollten wir doch einmal annehmen und Herrn

Thießen zu einem Spaziergang mit uns gemeinsam einzuladen. Ich glaube, diesen Spaziergang und das kostenlose Gespräch mit uns wird er so schnell nicht vergessen.

Hartz IV ist verfassungswidrig und trotzdem werden die nächsten Schikanen geplant. Für ALG - II Betroffene soll weiterhin jede Arbeit zumutbar sein. Neu ist, dass Minijobber, die zusätzlich ALG-II erhalten, gezwungen werden können, ihren Job aufzugeben und dafür einen Ein-Euro Job annehmen müssen. „Wir sind das Volk!“ Die Regierenden wollen uns mundtot machen. Aber wir lassen uns nicht den Mund verbieten, denn unser Land braucht Widerstand!

Aus diesem Grund kann man das coura-

(Fortsetzung auf Seite 3)

Ich heiße ...

(Fortsetzung von Seite 2)

gierte Auftreten des Anwaltes Alfred Kroll gar nicht genug würdigen. Jedes Jahr vertritt er viele Hartz IV-Betroffene und Behinderte vor Gericht. Vor Kurzem musste er in eigener Sache vors Gericht.

Viele Sozial- und Behindertenverbände hatten ihre Mitglieder aufgerufen, ihrem Anwalt beizustehen. Hunderte sind zur Gerichtsverhandlung gegangen. Plötzlich wurde aus der öffentlichen Verhandlung eine nichtöffentliche Verhandlung.

Der Anwalt Herr Kroll trat unter großen Applaus vor den Bürgern und forderte mehr Solidarität für arme und behinderte Menschen. Er prangerte die

flächendeckenden Kürzungen im Sozialbereich an. Der Zusammenhalt und das gegenseitige Beistehen geben uns die Kraft, weiter gegen den Sozialkahltschlag anzukämpfen. Heute sind wir noch tausende, aber wir müssen wieder 100 000 werden, damit die Regierenden endlich lernen, was Angst heißt.

In der Hauptstadt gibt es ca. 10 000 Obdachlose. Damit niemand erfrieren muss, startet ab 1. November wieder die Kältehilfe mit zusätzlichen Angeboten. Der Sozialarbeiter Peter Zedler ist der Meinung, dass durch Hartz IV immer mehr Bürger von Obdachlosigkeit bedroht sind.

Ab dem 1. November ist wieder ein Kältebus unterwegs. Dieser steuert in der Zeit von 21.00-03.00 Uhr Parks,

Abbruchhäuser und Brücken an. In den Kellerräumen an der Lehrter Straße können diese Bürger, die vor dem Erfrieren gerettet wurden, duschen und übernachten. Tee und Essen gibt es kostenlos.

Kann man aber so die Armut und die seelische Erkrankung der Betroffenen bekämpfen? Können die Bürger auf diese Art und Weise ihr Menschenwürde zurück erhalten? Ich glaube nicht, denn ich bin selbst von Hartz IV betroffen.

Wir werden bespitzelt und ausspioniert, ja warum wohl? Der Lauscher im Internet oder Telefonleitung hört seine eigene Schande. Lasst uns gemeinsam für unsere Freiheit, Menschenwürde und gegen den Sklavenhandel und gegen die Bespitzelung kämpfen.

Alle Welt redet von der Finanzkrise. Die Politiker, allen voran Frau Merkel und Herr Steinbrück, versuchen sich als Retter des Vaterlandes aufzuspielen und wollen uns einhämmern, „Schaden vom Volk“ abzuwenden. Wirklich ein genialer Einfall ihrer Propagandaabteilung. Und ihre Propagandaorgane von Presse bis Fernsehen folgen ihnen und versuchen, diese Politik dem Volk als alternativlos und angemessen zu verkaufen und haben doch große Mühe, zu verschleiern, dass es sich dabei um riesige Steuergeschenke an die Finanzkonzerne handelt. Welcher in Not geratene Hartz-IV-Empfänger oder auch Kleinunternehmer/Hand-

werker könnte je mit einem solchen Entgegenkommen rechnen? Deshalb lasst auch mich ein paar Worte dazu sagen.

gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, durch Steuersenkungen für die Reichen und die Unternehmen,

Montagsdemos, Agenda 2010 und die Finanzkrise

Von H.-G. Schmidt



Wir stünden nicht hier, wenn wir den ganzen Unsinn, der da geredet wird, glauben würden. Unser Kampf gegen Agenda 2010 und Hartz IV ist auch aufs engste mit der heutigen Finanzkrise verbunden. Die Ursachen der Krise sind nicht die Immobilienkrise in den USA (sie war der Auslöser, quasi die Initialzündung) und auch nicht das Versagen der Bankmanager, oder was auch sonst immer herbeigeredet wird. Der letztendliche Grund liegt in der privaten Aneignung des enormen, gesellschaftlich produzierten Reichtums, für den es unter kapitalistischen Verwertungsgesichtspunkten keine rentablen Anlagemöglichkeiten in der materiellen Produktion bzw. dem Ausbau notwendiger Dienstleistungen für die Bevölkerung mehr gibt. Agenda 2010 und Hartz IV haben dem in Deutschland Vorschub geleistet, durch die Umverteilung des

durch Verurteilung von einem Fünftel der Bevölkerung zu Armut (Hartz IV und Niedriglöhne), sowie die Erfüllung der neoliberalen Forderungen der Unternehmerverbände nach immer weiterer Deregulierung in der Wirtschaft und im Finanzbereich. Es klingt wie ein Witz, dass gerade der Ex-Bundesbankchef Tietmeyer, der heute im Aufsichtsrat der Pleitebank Hypo Real Estate sitzt, von Frau Merkel zum Kopf des „Expertenrates“ zur Bewältigung der Weltfinanzkrise gemacht werden sollte. Auch wenn sie damit abgeblitzt ist, zeigt es doch, wer in Regierung und Ministerien das Sagen hat.

Gerade die Finanzmarktkrise zeigt: Das Geld, das angeblich für ein menschliches Gesundheitswesen, für armutsfeste

(Fortsetzung auf Seite 4)

Montagsdemos, Agenda ...

(Fortsetzung von Seite 3)

Renten oder ein besseres Schulsystem fehlt, ist plötzlich im Überfluss vorhanden, wenn es darum geht, die Milliarden Spekulationsverluste der Banken zu sozialisieren.



- Sechs Milliarden für den sofortigen Ausbau der Kindertagesstätten oder sieben Milliarden Euro für eine Anhebung von Arbeitslosengeld II auf 420 Euro sind nicht da. Aber um Banken mit milliardenschweren Stützungsaktionen aufzufangen, ist genug Geld da.
- Die Gleichen, die gegen den gesetzlichen Mindestlohn wettern, die gegen das Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit anschreien, verlangen jetzt für sich das Recht auf Profit. Der Staat soll es garantieren.

Und es stellt sich die Frage der Demokratie: wegen der Erhöhung des Kindergeldes um 10.- Euro wird tagelang im Parlament diskutiert. Über 26 Mrd. Euro für die HRE wird in einer Nacht vom Finanzminister und einigen Bankvorständen entschieden. Die „Demokratie“ entpuppt sich als Diktatur der Ökonomie. Auch das Durchpeitschen des „Rettungspaketes“ binnen einer Woche durch alle Instanzen ist ein glänzendes Beispiel dafür. Nie wurde die Macht des Großkapitals und sein Einfluss auf Parteien und Regierung so deutlich sichtbar wie jetzt.

470 Milliarden Euro wollen Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück den Banken aus dem Staatshaushalt zur Verfügung stellen. Eine unvorstellbare Summe. Um sie etwas zu verdeutlichen: Wer von Geburt an jede Woche eine Million im Lotto gewinnt

und dies 50 Wochen im Jahr, der wird zu seinem 80. Geburtstag „nur“ 4 Milliarden Euro haben. Wir lehnen diese Verschwendung öffentlicher Gelder zum Wohle der Banken und Kreditinstitute ab, weil hier mit Steuergeldern das bisherige System gerettet werden soll. Warum sollen wir Steuerzahler für die Rettung derer aufkommen, die Milliarden verzoxt haben? Es sollen die bezahlen und zur Kasse gebeten werden, welche die Krise verursacht und von den Finanzexzessen der vergangenen Jahre gigantische Profite eingestrichen haben: Das sind die Finanzkonzerne, die Hedge-Fonds und die Superreichen. Würde man die Steuerreformen von rosa-grün und schwarz-rosa, wie die mehrmaligen Senkungen der Körperschaftsteuer und der Steuersätze für Spitzenverdiener, wieder rückgängig machen, erbrächte das für das Staatssäckel ca. 50 Milliarden Euro Mehreinnahmen im Jahr.

Während die Regierung den Pleite-Konzernen Milliarden in den Rachen wirft, wird das Volk mit viel Trara mit Beruhigungspillen versorgt:



- eine Kindergelderhöhung, die den Hartz-IV-Empfängern aber gleich wieder von der „Stütze“ abgezogen wird,
- eine „Entlastung“ der Arbeitenden durch die Kürzung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung, die vor allem den Konzernen eine Millionensparnis bringt und die durch die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge für die Versicherten wieder aufgefrisst

wird. Von den Rentnern und Arbeitslosen gar nicht zu reden, die nur die erhöhten Kassenbeiträge zu bezahlen haben.

Und für Mehreinnahmen des Staates ist durch die Erhöhung der Bußgelder auch schon gesorgt. Und sicher lässt sich die Regierung da noch einiges einfallen.



Wir sehen also: Geld ist genug da. Es ist sogar im Überfluss da, sonst könnten es die Banken und Finanzhaie nicht an den Börsen verzozen. Es gibt also keinen Grund, von unseren Forderungen abzuweichen:

- Weg mit Agenda 2010 und Hartz IV
- Einführung eines existenzsichernden Mindestlohnes von indestens 10 Euro
- Ersatz der 1-Euro-Jobs durch sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse
- Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre

Was wir fordern müssen, ist ein Politikwechsel. Weg von einer Politik für Millionäre. Wir fordern eine Politik für die Millionen Menschen, die mit ihrer Arbeit den gesellschaftlichen Reichtum schaffen, bzw. geschaffen haben. Das bedeutet aber eine Änderung der Machtverhältnisse. Weg mit der Macht der Banken und Konzerne und ihrem Einfluss auf die Regierung! Demokratie heißt Volksherrschaft. Volksherrschaft anstelle einer Demokratie, die nur eine verkappte Diktatur des Kapitals ist, das ist der Weg aus der Krise!

Diese Finanzkrise ist eine Krise des globalen Kapitalismus. Und sie bestärkt mich in meiner Auffassung:

Der Kapitalismus gehört abgeschafft!

Nach zwei Jahren war es mir endlich möglich, wieder an der Großdemo der Bundesweiten Montagsdemos teilzunehmen. Ich habe unvergessliche Momente mit nach Hause genommen. Als ich auf der Fahrt nach Berlin auch noch den Arbeitsminister, Herrn Scholz, im Autoradio hörte, geriet mein Blut in Wallung. Meiner aufgestauten Wut ließ ich auf der Straße freien Lauf.

Treffpunkt war der Alexanderplatz. Als mein Mann und ich ankamen, überkam uns ein Gefühl der Zufriedenheit. Jeder von uns beiden konnte innerlich sagen: Ja, ich zeige meine Wut, die mich bei der unsozialen Politik überkommt. Auch die Redner am Alex brachten das in Worte: „Vier Jahre Erpressergesetz ist genug.“ Ich spürte, dass ich mit meiner Wut nicht allein war, und doch hatte ich den Eindruck, in Berlin gibt es kaum Erwerbslose, Ein-Euro-Jobber und Zeitarbeiter. 200 000 Kinder leben hier in Armut. Doch – wo waren die Eltern?

Aus der gesamten Bundesrepublik waren Demonstranten angereist. Und dabei ging es nicht allein um die Erwerbslosen, nein, die IG-Metall, Verdi und die MLPD wollten auch gegen die Lohnpolitik in diesem Land demonstrieren. Aber ich fragte auch: Wo waren Vertreter der Partei „DIE LINKE“? Ich selbst bin ihr Mitglied und war stolz, an dieser Demo teilzunehmen. Ich entdeckte vereinzelt Fahnen meiner Partei zusammen mit Fahnen der MLPD. Doch nicht nur ich stellte mir diese Fra-



ge, sondern auch die Demoteilnehmer. Es können doch nicht alle des Bundesvorstandes an der Demo gegen den Atomtransport nach Gorleben teilgenommen haben? Wo war Katja Kipping,

die sich stets für die Betroffenen von Hartz IV einsetzt oder Gregor Gysi?

Hier war die Möglichkeit, sich nochmals zu den sich ständig verschlechterten Bedingungen bei den Jobcentern und Argen zu äußern. Liebe Genossen, die Menschen setzen ihre Hoffnung in DIE LINKE, weil sie glauben, wir können

Ein-Euro-Jobber, Minijobs und Zeitarbeiter oder nicht mehr vermittlungsfähige Menschen, fallen aus der Statistik. Denken wir an die Leute, wo der Partner, egal ob Mann oder Frau, nur einen Cent zuviel Lohn erhält – auch sie fallen ganz raus. Für sie ist es besonders schwer, sie bezahlen keine Rentenbeiträge. Das Endergebnis ist

Meine Eindrücke und Gedanken zur Großdemo in Berlin

Von Heike Vehler

etwas verändern! Es sind unsere Wähler, enttäuschen wir sie nicht.

Zurück zum Alex und meinen Eindrücken. Viele Redner meldeten sich am offenen Mikrofon und sprachen über die Sorgen und auch die Angst, die sie bei dieser Politik befällt. Immer wieder wurde festgestellt, wie schnell Gesetze gemacht werden können, damit die Banken sich neues Geld aus dem Steuertopf holen können. Machen wir uns nichts vor, irgendwann werden die Milliarden wieder verschwunden sein.

Jetzt möchte die Autoindustrie Milliardenhilfe für ihre Kreditinstitute! Wozu? Damit sich die oberen Zehntausend ein neues Auto kaufen können und dabei für ein Jahr keine Steuern zahlen brauchen? Warum sollen die, die sowieso nicht am Hungertuch nagen, noch weniger Steuern bezahlen? Gesetze zugunsten der Betuchten werden sehr schnell durch Parlament und Bundesrat verabschiedet!

Nach Meinung des Arbeitsministers werden die Arbeitslosenzahlen zwar stagnieren, aber es werden nicht sehr viele dazu kommen. Er sprach von 100 000 Erwerbslosen, die keinen Hauptschulabschluss hätten und jetzt die Möglichkeit bekämen, ihn nachzuholen. Diese Verhöhnung und die Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit sind von Rednern und Demonstranten in Berlin an den Pranger gestellt worden. Nicht weniger als 3 Millionen sind erwerbslos, sondern mindesten 6-8 Millionen, denn wer in einer sogenannten Fortbildung steckt (die sich oft als hirnrissig herausstellt),

Altersarmut. Deshalb war ich voller Freude, Menschen am Rednermikrofon zu hören, die weit über 80 Jahre alt waren.

Wie oft wird auch von unserer Jugend negativ berichtet, aber hier in Berlin hat auch sie gezeigt: Die Jugend ist da und will diese Politik der Armut nicht mittragen. Ein Lied prägte die Gedanken der jungen Leute, die Internationale! Sie wollen keine Soldaten für einen Krieg werden, der nur Zerstörung und Tod kennt. Bis zum 25. Lebensjahr sollen sie unter dem Dach der Eltern wohnen! Wer eine Lehre abgeschlossen hat und somit ein Facharbeiter für die Wirtschaft wäre, wird kaum in einem Unternehmen unterkommen, wenn da nicht bereits ein Vermögen der Eltern dahinter steckt.

Bildungsgipfel mit der Kanzlerin in Dresden, was brachte es, nichts! Es wird weiter aussortiert, wer eine Hartz IV-Schule besuchen soll! Genau so ergeht es jungen Menschen, wenn sie sich um ein Studium bemühen, sie können die Uni-Maut nicht bezahlen! Dabei ist die Bildung unserer Jugend, das höchste Gut, was ein Land haben kann! Ein Redner am offenen Mikrofon berichtete davon, wie er ein Jahr lang Hartz IV mitgemacht hatte, trotzdem er Ingenieur ist und keine Arbeit bekam. So wie ihm ergeht es vielen Facharbeitern unseres Landes!

Das alles ist auf dieser Demo zur Sprache gekommen, und doch haben die Straßenpassanten uns belächelt, statt

(Fortsetzung auf Seite 6)

Am Brandenburger Tor gesprochen

am 8. November auf der Kundgebung in Hörweite des Bundestages, an dem die 5000 Teilnehmer mit ihren Spruchtafeln gerade vorbeidemonstriert sind:

Liebe Freunde und Kollegen,

mein Name ist **Andreas Gärtner**, ich arbeite bei VW in Kassel/Baunatal im Dreischichtbetrieb als Maschinenbediener. Ich bin aktiver Vertrauensmann und engagiere mich in der Vertrauenskörperleitung. Seit drei Jahren bin ich ein Moderator der Kasseler Montagsdemo. Mir liegt besonders die Einheit der Erwerbslosen und der arbeitenden Menschen am Herzen. Deshalb will ich Euch heute von der Lage der Leiharbeiter bei VW berichten.

Wie Ihr wisst, sind die Hartz-Gesetze der Ausgangspunkt gewesen für eine ungeheure Ausweitung der Leiharbeit. ... Bei VW in Kassel arbeiten zurzeit

Meine Eindrücke ...

(Fortsetzung von Seite 5)

sich uns anzuschließen. Keiner weiß, wann er betroffen ist!

In dieser Regierung, bestehend aus Sozialdemokraten, die 2004 mit Peter Hartz sagten, das sei ein guter Tag für die Arbeitslosen, sind wieder Sozialdemokraten an der Macht beteiligt! Struck, Müntefering, Steinmeier und Steinbrück, sie alle sind aus der Riege Schröder und von ihm geformt. Sie haben mit der Union entschieden, dass die Banken-Manager nicht in die Armut fallen oder mit ihrem Vermögen den Schaden, den sie angerichtet haben, begleichen. Nein stattdessen genehmigen sich die Herren der Banken noch Boni und lassen dafür das Volk bezahlen!

Zum Schluss noch eine Anmerkung. Leute, zeigt endlich wieder Solidarität mit den Bürgern, die von diesem Armutsgesetz betroffen sind. Belächelt sie nicht! **Widerstand braucht dieses Land!**

über tausend. Obwohl sie die gleiche Arbeit machen wie die VW-Belegschaft, bekommen sie weniger Geld und müssen ständig die Kündigung bzw. Nichtverlängerung ihres Vertrages fürchten.



Ein Kollege der WOB AG berichtete mir: „Ich bin 30 Jahre alt. Seit meiner Jugend schlage ich mich durch mit Gelegenheitsarbeiten. Ich weiß nie mit Sicherheit, wo und zu welchen Bedingungen ich in einem halben Jahr arbeiten werde.“

VW hat großes Interesse daran, eine Spaltung zu schüren in Leiharbeiter und „Stammwerker“. Wir sollen uns als etwas Besseres fühlen als die „Aushilfen“. Das wird von der Geschäftsleitung geschürt mit Ausdrücken wie „nicht wertschaffende Arbeit“ für Logistik-Vorgänge oder Teilebereitstellung.

In der Kasseler VW-Belegschaft hat sich in den letzten anderthalb Jahren im Kampf gegen diese Spaltung eine wichtige Auseinandersetzung für die Übernahme der Leiharbeiter entwickelt. Auf jeder Vertrauensleute- und Betriebsversammlung wurde die Übernahme der Leiharbeiter in ein festes Arbeitsverhältnis gefordert. Anfangs wurde das abgewimmelt mit dem Hinweis, man könne erst ab 35 Stunden regelmäßiger Arbeitszeit über Neueinstellungen verhandeln. Diese Argumentation einiger Betriebsräte hat man im letzten halben Jahr gar nicht mehr gehört. Eine Masse von Kolleginnen und Kollegen hat die Spaltung überwunden und die einheitlichen Interessen mit den Leiharbeitern

herausgestellt. Die kämpferische Stimmung der Kollegen hat zu einem Stimmungsumschwung und einer Offenheit für die Forderung der Übernahme der Leiharbeiter geführt.

Mit dem Ausbruch der Finanz- und Bankenkrise und den bisherigen Auswirkungen auf die Produktion bekommt auch der Angriff auf die Leiharbeiter eine neue Stufe, und es wird eine neue Form der Spaltung in die Belegschaft getragen. Jetzt wird die Angst geschürt nach dem Motto „Lieber zuerst die Leiharbeiter entlassen als uns“. Es ist angekündigt, dass fast alle Leiharbeiter zum Jahresende entlassen werden sollen.

Darauf dürfen wir uns nicht einlassen! ... Es gibt bei VW sogar einen Tarifvertrag, der eine Absenkung der Arbeitszeit bei schlechter Auftragslage vorsieht bis zu 25 Stunden pro Woche. Die Arbeitszeit kann und muss verkürzt werden bei vollem Lohnausgleich auf Kosten der Profite – das sichert und schafft wirklich Arbeitsplätze!

**Arbeit
Gibt
Es
Nicht-
Dafür
Armut**

Es geht nicht um uns allein, es geht um Arbeiterwille gegen Kapitalistenwille! Für die volle Übernahme der Leiharbeiter in die Stammebelegschaft – bei VW und überall! Für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich!

Leserbriefe, Artikel und Beiträge sind ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion:

Chefredakteur: Ottokar Luhn (V. i. S. d. P.) Bendastraße 17, 99867 Gotha,
Stellvertreter: Birgit Kühr (Angermünde), Klaus Buschendorf (Erfurt)
Mitglieder: Christine Brand (Gotha), Uwe Birkner (Görlitz)

